



Antrag auf Ausstellung einer Verpflichtungserklärung		Landratsamt Böblingen
Gastgeber		
Familienname		
Vorname		
Geburtstag		
Geburtsort		
Staatsangehörigkeit		
Ausweisdokument	<input type="checkbox"/> Reisepass / Ausländischer Pass Nr.	<input type="checkbox"/> Personalausweis Nr.
wohnhaft in Straße, Hausnummer		
PLZ, Ort		
Telefonnummer / E-Mail		
Familienstand	<input type="checkbox"/> ledig <input type="checkbox"/> verheiratet <input type="checkbox"/> geschieden <input type="checkbox"/> getrennt lebend <input type="checkbox"/> verwitwet <input type="checkbox"/> eingetragene Lebenspartnerschaft	
Name und Anschrift des Arbeitgebers		
monatl. Nettoeinkommen		
Mietkosten / monatliche Belastung bei Besitz einer Immobilie	<input type="checkbox"/> Mieter monatl. Kosten (warm)€	<input type="checkbox"/> Eigentümer monatl. Kosten€
Ich habe eine Unterhaltsverpflichtung gegenüber z.B. ein minderjähriges KindPersonen (Anzahl)	
Ich habe weitere Einladungen ausgesprochen	<input type="checkbox"/> nein <input type="checkbox"/> ja fürPersonen	
Ich verpflichte mich gegenüber der Ausländerbehörde/Auslandsvertretung, nach § 68 Aufenthaltsgesetz die Kosten für den Lebensunterhalt und nach §§ 66 und 67 des Aufenthaltsgesetzes die Kosten für die Ausreise der nachstehenden ausländischen Person(en) zu tragen.		
Familienname		
Vorname		
Geburtstag		
Geburtsort und Geburtsland		
Staatsangehörigkeit		
Reisepass Nr.		
wohnhaft in Straße, Hausnummer		
PLZ, Ort, Land		
Verwandtschaftsbeziehung mit dem Antragsteller		
begleitender Ehegatte	Name: Vorname:..... Geb.-Dat.:	
begleitende Kinder	Name:..... Vorname:..... Geb.-Dat.:..... <input type="checkbox"/> <input type="checkbox"/> m / w	Name:..... Vorname:..... Geb.-Dat.:..... <input type="checkbox"/> <input type="checkbox"/> m / w
beabsichtigte Aufenthaltsdauer	<input type="checkbox"/> Monate <input type="checkbox"/> von	
Anschrift der Wohnung, in der der Gast wohnen soll, falls abweichend von ihrem genannten Wohnsitz.		

Zum umstehenden Antrag gebe ich hiermit folgende Erklärung ab:

1. Die/Der Antragsteller(in) beabsichtigt, nur zu Besuchszwecken in die Bundesrepublik Deutschland einzureisen.
2. Er wird nach Einreise keinen Antrag auf Verlängerung des Aufenthaltstitels stellen, insbesondere nicht zum Zweck der Familienzusammenführung.
3. Er ist nicht krank und pflegebedürftig und nicht auf eine Betreuung durch mich oder meine Angehörigen in Deutschland angewiesen.
4. Er wird die Bundesrepublik Deutschland vor Ablauf des erteilten Visums wieder verlassen.
5. Ich wurde darauf hingewiesen, dass für die Erteilung eines Einreisevisums über drei Monate hinaus oder zur Aufnahme einer Erwerbstätigkeit grundsätzlich die Zustimmung der zuständigen Ausländerbehörde im Inland erforderlich ist. Diese Zustimmung muss von der zuständigen Auslandsvertretung, unabhängig von einer Verpflichtungserklärung, eingeholt werden.
6. Ich, der Unterzeichner, verpflichte mich gegenüber der Ausländerbehörde, nach § 68 Aufenthaltsgesetz die Kosten für den Lebensunterhalt und nach §§ 66 und 67 des Aufenthaltsgesetzes die Kosten für die Ausreise des/der umseitig genannten Ausländer/s zu tragen. Die Verpflichtung umfasst die Erstattung sämtlicher öffentlicher Mittel, die für den Lebensunterhalt einschließlich der Versorgung mit Wohnraum und der Versorgung im Krankheitsfall und bei Pflegebedürftigkeit aufgewendet werden (z. B. Arztbesuch, Medikamente, Krankenhausaufenthalt). Dies gilt auch, soweit die Aufwendungen auf einem gesetzlichen Anspruch beruhen, im Gegensatz zu Aufwendungen die auf einer Beitragsleistung beruhen.

Die vorliegende Verpflichtung umfasst auch die Ausreisekosten (z. B. Flugticket) des/der umseitig genannten Ausländer/s nach §§ 66 und 67 des Aufenthaltsgesetzes.

Ich wurde von der Ausländerbehörde hingewiesen auf

- den Umfang und die Dauer der Haftung
- die Möglichkeit von Versicherungsschutz
- die zwangsweise Beitreibung der aufgewendeten Kosten im Wege der Vollstreckung, soweit ich meiner Verpflichtung nicht nachkomme, sowie
- die Strafbarkeit z.B. bei vorsätzlichen, unrichtigen oder unvollständigen Angaben (§ 95 des Aufenthaltsgesetzes – Freiheitsstrafe bis zu drei Jahren oder Geldstrafe)

Ich bestätige, zu der Verpflichtung auf Grund meiner wirtschaftlichen Verhältnisse in der Lage zu sein.

.....
Ort, Datum

.....
Unterschrift Antragsteller(in) (Gastgeber)